

BIRGIT DAIBER, CORNELIA HILDEBRANDT

FÜR EINE FORTGESETZTE EMANZIPATION DER LINKEN

Der alte Sozialismus implodierte 1989. Die Perversion der sozialistischen Idee durch den Stalinismus, das Versagen der Planwirtschaft, die bürokratische Lähmung der Gesellschaften unter dem Anspruch der politischen Führung durch die kommunistischen Parteien: es war nicht mehr viel übrig vom Ideenreichtum der linken Geschichte und die Menschheits Hoffnung hatte sich verbraucht in der grauen Wirklichkeit der real existierenden Sozialismen.

1989 war nicht nur das Ende der bipolaren Welt, sondern hatte existentielle Konsequenzen für die sozialdemokratische und die nicht-sozialdemokratische Linke. Damit war der revolutionäre Versuch des Systemwechsels für die Linke weltweit gescheitert, die Perspektive eines dritten Weges zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie existierte nicht – weder die Westlinke noch die Ostlinke hatte eine solche Alternative entwickelt. Weltweit haben linke Parteien und traditionell linke politische Formationen mit den Konsequenzen von 1989 zu leben. Von Russland über China bis Lateinamerika und Kuba, von Berlin über Warschau bis Chişinău werden die Ereignisse von 1989 und damit des Endes der Herrschaft der siegreichen Sowjetunion völlig unterschiedlich verarbeitet. Es lohnt sich, über die Konsequenzen des Systembruchs 1989 für die Linke insgesamt nachzudenken, die kommunistisch-sozialistische und die sozialdemokratische.

Wir werden uns in diesem Aufsatz nur mit einem kleinen Ausschnitt dieser Entwicklung befassen: mit einigen nicht-sozialdemokratischen linken Parteien in Europa, also mit unserer unmittelbaren Nachbarschaft und mit Deutschland. Die innovativste kommunistische Partei Westeuropas, die KPI Italiens, beschleunigte ihren Prozess der Sozialdemokratisierung und verabschiedete sich 1991 von ihrer kommunistischen Tradition. Heute ist sie als Partito Democratico kaum noch als linke Partei erkenntlich. Die 1991 als Reaktion auf die Selbstaufgabe der KPI aus verschiedenen kleinen linken Parteien und «Resten» der KPI gegründete «Rifondazione Comunista», die zeitweise ein Wählerpotential von 10 Prozent erreichte, hat sich nach empfindlichen Wahlniederlagen

inzwischen in einen libertär-offenen und einen eher den kommunistischen Traditionen verpflichteten Teil gespalten und befindet sich in einem selbstzerstörerischen und schmerzhaften Bruderkrieg.

Die französische kommunistische Partei, ebenfalls traditionell ein Anker der nicht-sozialdemokratischen Linken in Westeuropa, hat nach 1989 versucht, sich mit neuen Strategien der neuen Situation anzupassen – ohne ihre Geschlossenheit und den Anspruch aufzugeben, Avantgarde der Linken in Frankreich zu sein. Sie hat dadurch viele Persönlichkeiten verloren, die sich linken intellektuellen Netzwerken jenseits der Parteienlandschaft oder aber anderen Parteiformationen – unter anderem auch den Sozialisten – zuwandten. Die heute in verschiedene nicht-sozialdemokratische Parteien gesplattete Linke in Frankreich hat insgesamt – incl. der neuen Parteien «L'autre Gauche» und «Europe Ecologie» – ein Potential von mehr als einem Viertel der Wählerschaft, schafft es aber nicht, dieses Potential in Form von Wahlbündnissen zu vereinen. Im Unterschied zu Italien allerdings ist die Kommunistische Partei Frankreichs in der kommunalen und regionalen Politik immer noch stark verankert und kann sich von da aus (siehe die Europa-Wahlen 2009) immer wieder auch auf nationaler und europäischer Ebene behaupten.

Der Gebrauchswert der Kommunistischen Partei in Italien war bis zu ihrer Auflösung 1991 geprägt von ihrem Eintreten für Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Dem fühlte sich auch die neu entstandene Rifondazione Comunista verpflichtet und verband diesen Anspruch mit einem neuen Parteiverständnis gegenüber Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Parteien sollten danach nicht mehr Massen integrierende Parteien sein, sondern offene Parteiprojekte gesellschaftlich anschlussfähig. In Spanien hat sich die nicht-sozialdemokratische Linke schon in den 80er Jahren zur Izquierda Unida, der Vereinigten Linken, zusammengeschlossen, in der kommunistische, emanzipatorische und grüne Parteien zusammenarbeiten, allerdings ist sie momentan nur auf der regionalen Ebene einigermaßen stabil. Recht

erfolgreich ist momentan dagegen der Zusammenschluss unterschiedlicher linker Parteien in Portugal, der Bloco de Esquerda, in dem ebenfalls kommunistische und emanzipatorische linke Parteien zusammenarbeiten. Gleichzeitig bleibt die Dualität gegenüber der KP Portugals bestehen.

In den osteuropäischen ehemals kommunistischen Ländern sind die Nachfolgeparteien entweder marginalisiert (Ungarn, Polen), oder sie haben sich im Parteienspektrum mit ungefähr 10 Prozent des Wählerpotentials stabilisiert (Tschechien und Slowakei).

Eine emanzipatorische Ausrichtung haben demgegenüber die holländischen und die nordischen Linksparteien, die zum Teil auch mit Grünen verbunden sind.

Wenn wir also die Landkarte der linken Parteien in Europa betrachten, ergibt sich keineswegs ein einheitliches Bild. Neben traditionell kommunistischen Parteien, von denen die Mehrheit nach 1989 keinen eigenständigen Reflexionsprozess durchlaufen hat, gibt es solche, wie z.B. die KPBM in Tschechien, die den Grundkonsens der Europäischen Linkspartei, den Bruch mit dem Stalinismus, nicht tragen und deshalb nur einen Beobachterstatus in dieser Partei haben. Gleichzeitig gibt es Parteiformationen, die durch eine Öffnung und Neu-Bestimmung einen Weg in die Zukunft suchen, und es gibt Parteien, die emanzipatorisch-libertären Zielen verpflichtet sind und gleichzeitig am traditionellen Parteienverständnis kommunistischer Parteien festhalten wie die KP Österreichs mit der Betonung feministischer Fragen. Bei all diesen Versuchen ist es bisher keiner Kraft gelungen, ein gesellschaftlich mehrheitsfähiges linkes Parteienprojekt aufzubauen.

Schauen wir auf Deutschland, so mag es scheinen, dass sich in der heutigen LINKEN von all diesen unterschiedlichen Positionen und Strategien der europäischen Parteien etwas wieder findet.

Die Geschichte der Linken in Deutschland seit 1989 ist anders geprägt als die anderer politischer Formationen in Europa. Die PDS, die 1989 aus der untergehenden Staatspartei der DDR hervorging, war von Anfang durch die Auseinandersetzung über das Scheitern und die Fehler des traditionellen Sozialismus geprägt. Zu ihrem Gründungskonsens gehörte der Bruch mit dem Stalinismus als System, die Aufgabe ihrer führenden Rolle und die Entschuldigung beim Volk der DDR für die Verbrechen im Namen der kommunistischen Bewegung, in deren Tradition sie stand. Angesichts der Übermacht der Freiheits- und Glücksversprechen des bundesdeutschen Systems, eines nunmehr erfahrbaren und scheinbar mühelos funktionierenden Sozialstaates und neuer individueller wie kollektiver Freiheiten, blieb keine andere Wahl: wollte sie politisch überleben, musste sie sich glaubwürdig verändern. Das hieß die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen in der DDR zu übernehmen – eine schmerzhaft und mühevoll Auseinandersetzung, auch heute noch. Sie musste sich nachvollziehbar als ein demokratisches und nach gesellschaftlichen Alternativen suchendes Projekt entwickeln. Vorbei die Zeiten staatlicher Macht, alleiniger politischer Führung und einer Praxis des Rechthabens, die Andersdenken nicht zuließ.

Die PDS konnte sich aber auch nicht «sozialdemokratisieren» im Sinne der Transformation zu einer Mitte-Links-Partei mit starker marktwirtschaftlicher Orientierung, wie es für die Nachfolger der Staatsparteien in Polen und Ungarn charak-

teristisch war. Durch die SPD war dieser Platz besetzt. Dies schuf die Möglichkeit, sich als neue sozialistische Kraft zu profilieren und zugleich ostdeutsche Regionalinteressen von links aufzugreifen. Dabei konnte sich die PDS 1989 auf verschiedene Reformansätze in der SED beziehen, so u. a. auf das 1987 an der Humboldt-Universität in Berlin begonnene Projekt: Perspektiven eines modernen Sozialismus. Und sie konnte die Erfahrungen einer Staatspartei bei der Verwaltung gesellschaftlicher Prozesse produktiv nutzen.

Die PDS etablierte sich mit ihrem Programm eines demokratischen Sozialismus in Ostdeutschland. In den Programmen von 1993 und 2003 wurde der Sozialismus als Ziel, Weg und Werte beschrieben, als Prozess, bei dem immer wieder aufs Neue emanzipatorische Öffnungen der Geschichte erkämpft werden müssen – jedoch eingebettet in Demokratie. Sie entwickelte Konzepte partizipativer Demokratie und legte Wert auf innerparteiliche Demokratie, auf Pluralismus, Diskussion und Konsensfindung. Natürlich gab es Kontroversen zu den zentralen Fragen der Linken, wie z.B. die Bewertung der DDR-Vergangenheit, die Frage der Regierungsbeteiligung der Linken, der Rolle der UNO und ihrem Gewaltmonopol sowie über die Bedeutung von Unternehmertum und Gewinnorientierung für eine moderne Wirtschaft. Und natürlich trafen hierzu unterschiedliche Positionen aufeinander. Dennoch, selbst nach harten, kontroversen Diskussionen wählten die Delegierten auf Parteitag ihre Vorstände plural. Das war gewollt und wurde von Mehrheiten in der Partei getragen.

Die Partei wollte offen sein für die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und linken Organisationen ohne Führungsanspruch. Sie war und blieb dabei Teil ostdeutscher Geschichte und aktueller Politik und stand zugleich für die Repräsentationslücke und stetig wachende Gerechtigkeitslücke insgesamt, quasi als Vorbotin künftiger gesamtdeutscher Entwicklungen. Sie hatte den Anspruch, ein neuartiges parteipolitisches Projekt zu präsentieren: plural, konsequent demokratisch nach Innen mit statuarisch weitreichenden Rechten für Mitglieder, dem Recht auf politische Organisation in Form von Plattformen und Strömungen, mit materiell und rechtlich ausgestatteten Arbeitsmöglichkeiten für Arbeitsgemeinschaften. Sie konnte jedoch die sie Anfang der 1990er Jahre prägende Fähigkeit organisationspolitischer Innovationen nicht auf Dauer stellen. Die Vielfalt von Arbeits- und Interessengemeinschaften und ihre Einbeziehung in die strategisch-programmatische Arbeit der Linken, die Einbindung der Parlamentarier in diese Arbeit verloren an Gewicht. Mit der wachsenden parlamentarischen Verankerung der Partei, verlagerten sich die Kompetenzzentren und Ressourcen der Partei zunehmend zu den Fraktionen vor allem auf Länder und Bundesebene. Die Partei prägten – trotz der vorhandenen Arbeitsgemeinschaften wie z.B. Queer, LISA, AG Behindertenpolitik, AG Gewerkschaft und Betriebe, AG Christinnen und Christen – nicht die Partei nicht mehr als offene in die Gesellschaft hineinreichende Organisation. Sie agierten auf Parteitag als Korrektive, aber sie bestimmten nicht mehr strategische Debatten der PDS. Es kam zu einer Verarmung des Parteienprojekts, die zur Wahlniederlage von 2002 beitrug.

Zugleich veränderte sich die Mitgliedschaft der PDS. Der Anteil von Mitgliedern, die im gesellschaftlichen, insbesondere im Arbeitsprozess standen, war seit Jahren rückläufig, die mittleren Generationen fehlten, so dass zunehmend der

jüngeren Generation Ämter und oft zeitgleich auch Mandate übertragen wurden. Die Partei- und Parlamentsarbeit war so mitunter personell schon nicht mehr zu trennen. All dies begünstigte eine zunehmende Parlamentarisierung der PDS. Die Notwendigkeit des weiteren Parteiaufbaus und der Parteireform auch zur Verbreiterung der Mitgliederbasis, des Anteil aktiver Frauen, von jungen Leuten und kritischen Intellektuellen, Künstlern wurde zwar erkannt, vor allem nach der Wahlniederlage von 2002, deren Umsetzung jedoch blieb rudimentär. Die Parlamentsarbeit bestimmte in hohem Maße das Parteileben, ggf. auch wie in Berlin – die Geschichtsdebatten. Die Parlamentsarbeit selbst – maßgeblich von den jeweiligen Tagesordnungen der anderen Parteien bestimmt, war kaum konzeptionell ausgerichtet. Die Erarbeitung von gesellschaftlich mehrheitsfähigen Entwicklungsprojekten wie ALEKSA 2004 in Sachsen war ein Versuch, Wege über parlamentarische Tagesordnungen hinaus aufzuzeigen. Es blieb bei einem Beginn, der erst 2006 mit der Erarbeitung von Landesentwicklungskonzepten und regionalen Leitbildern weitergeführt wurde.

Im Westen der Republik wurde sie als mögliche Alternative kaum wahrgenommen. Mit der Stimme des Ostens konnte sich im Westen niemand identifizieren und der neue demokratisch-sozialistische Ansatz blieb dahinter verborgen. Die emanzipatorisch-libertär geprägte Linke im Westen fand sich besser aufgehoben bei den Grünen und in außerparlamentarischen Netzwerken. Die SPD hingegen fügte sich zunehmend der Schröderschen Basta-Politik und ihrer neoliberalen Ausrichtung.

Der Erfolg im Westen kam erst, als sich Teile der SPD und der sich von ihr nur zögerlich lösenden Gewerkschaften wegen des neoliberalen Kurses der Sozialdemokratie zu dem neuen Wahlbündnis WASG zusammenschlossen, um dann zusammen mit der PDS zusammen die neue Partei Die Linke zu gründen. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine spielten dabei eine entscheidende Rolle, diesen Prozess in Gang zu setzen, programmatisch auszurichten und zu stabilisieren.

Bemerkenswert war der Fusionsprozess selbst, der auf Augenhöhe der ungleich starken Quellparteien unter Berücksichtigung aller innerparteilich möglichen Verfahrenswege beschränkt wurde. Die Erarbeitung von Kooperationsabkommen, die Regelung von Übergangsfristen, um die Gleichwertigkeit der Partner in den Gremien und Fusionsverhandlungen und auch auf den Parteitag – ungeachtet der realen Mitgliedschaft in beiden Parteien – zu wahren, die entsprechende Regelung der Zusammensetzung der Delegierten zu den Parteitagen, waren geprägt von einer Kultur der Kooperation (und ging beispielsweise auch weit über die partizipativen Regeln im Fusionsprozess zwischen den Grünen und Bündnis 90 Anfang der neunziger Jahre hinaus). Auf dieser Grundlage begann eine Erfolgsstory, mit der zum ersten Mal seit dem Verbot der KPD in Westdeutschland 1956 eine ernst zu nehmende linke Partei, links von der Sozialdemokratie, in Gesamtdeutschland existiert und politisches Gewicht hat.

Die Linke ist die viertstärkste politische Kraft im Deutschen Bundestag, sie ist in 12 der 16 Landesparlamente präsent und insbesondere im Osten in allen Kommunalparlamenten und Kreistagen – in den Regionen Berlin und Brandenburg ist sie an Landesregierungen beteiligt.

Gleichzeitig ist das Projekt in sich noch instabil. Die Auseinandersetzungen um ein Parteiprogramm und die Ausein-

dersetzungen um Machtpositionen in der Partei zeigen einander bekämpfende und auseinanderstrebende Partialinteressen. Das Projekt bleibt mittelfristig ein Abenteuer für alle Beteiligten.

Die Linke ist heterogener als die Sozialdemokratie: Sie ist in allen sozialen Gruppen und Schichten vertreten, vereint gleichermaßen Politprofis, die ihre politische Sozialisation in unterschiedlichen Parteien erfahren haben oder aus dem Funktionsapparat der Gewerkschaften kommen, als auch jene, die persönlich von Hartz IV betroffen, neu in die Politik einsteigen und erstmals in einer Partei organisiert sind. In der Partei DIE LINKE finden sich klassisch revolutionäre kommunistische, sozialstaatskonforme, reformsozialistisch-transformatorische, bürgerlich-humanistische, spontaneistisch-gewerkschaftliche und emanzipatorisch-libertäre Positionen. Hinzu kommt das Zusammenfinden zweier sehr unterschiedlicher politischer Geschichten zwischen Ost und West.

So unterschiedlich sich die Linke zusammensetzt, so agiert sie: Beispielgebend stehen dafür zwei Parteitage: Der Europaparteitag im Februar 2009 in Essen – der Kampf der Strömungen gegeneinander und die Ausgrenzung – und der Bundestagswahlparteitag im Juni 2009 in Berlin – die Suche nach gemeinsamen Positionen für den gemeinsamen Wahlkampf und die Bündelung der Kräfte. Beide Wege stehen der Partei offen, beide hat sie praktiziert. Die Frage heute ist, ob sie zu innerparteilicher Kooperation und gemeinsamer Suche auch ohne den Druck von Wahlkämpfen fähig ist. Betrachtet man die jüngsten Auseinandersetzungen, so stellt sich die Frage, ob es hier noch um ein gemeinsames pluralistisches und die Unterschiedlichkeit der Positionen einbeziehendes Projekt geht oder um die Herrschaft in der Partei, mit der notfalls auch der Ausschluss von Minderheiten in Kauf genommen wird. Damit aber entscheidet sich der Charakter der Partei: Wird Andersdenken bestenfalls an den Rändern der Partei geduldet oder wird es gebraucht als Teil pluraler Identität auch gegen all zu schnelle Gewissheiten. Innere Ab- oder Ausgrenzungs- und noch mehr Ausschließungsprozesse wirken zugleich auf das gesellschaftliche Umfeld von Parteien und können neben parteipolitischer Verarmung schnell auch zur Abschließung der Partei von gesellschaftlichen Entwicklungen führen bis hin zu ihrer Kooperationsunfähigkeit gegenüber sozialen Bewegungen (außer den Gewerkschaften). Pluralismus und Demokratie werden so zur Fassade, nicht mehr zum erlebbaren Raum, zum Reichtum einer Partei, die nur als plurale Organisation gesellschaftlich verankert sein kann. Ohne eine Vielzahl von Anschlussmöglichkeiten und Öffnungen der Partei in viele Richtungen ist diese nicht zu haben.

Damit stellt sich die Frage nach dem innerparteilichen Demokratieverständnis der beteiligten Akteure. Konkret: Wie gehen die jeweiligen Mehrheiten mit den jeweiligen Minderheiten um? Gibt es Interessenausgleiche, wie stellt sich Gemeinsamkeit her? Hält die Linke an den gemeinsam erarbeiteten, immer wieder diskutierten und in den Eckpunkten formulierten zentralen und prinzipiellen Positionen und Zielsetzungen fest und entwickelt sie gemeinsam weiter – oder verfällt sie wie auf dem Parteitag in Essen der machtpolitischen Kultur, die andere Positionen als Abwehrlertum abstrahiert? Wird die Linke zum Kampfplatz identitärer Politik oder kann sie noch ihrer eigenen Vision einer emanzipato-

risch-offenen Partei folgen und als Parteiprojekt plural sein? Schon die PDS hatte Schwierigkeiten, sich in den großen Schuhen ihrer eigenen Vorgaben zu bewegen und sich aus den Traditionen einer Staatspartei zu verabschieden – umso mehr die neue linke Partei, deren Akteure aus dem Westen entweder aus kleinen politischen Biotopen kommen, oder aber aus Großorganisationen, die eher monolithisch-hegemonial zu agieren gewohnt sind.

Noch einmal zur Erinnerung: die Linke will den Kapitalismus überwinden und braucht dazu politische Durchsetzungskraft und gesellschaftliche Mehrheiten sozial, politisch, kulturell und weltanschaulich ausdifferenzierter Gesellschaften. Wenn sie dieser Diversität von sozialen, politischen, kulturellen Lebenslagen sozialer Gruppen wie auch in besonderer Weise dem heutigen Prekariat gerecht werden will, muss sie neben dem Widerspruch von Kapital und Arbeit auch andere Gesellschaftskonflikte gleichwertig artikulieren, die einem Leben in Würde, sozialer Sicherheit und Selbstbestimmung entgegenstehen. Dazu gehören auch die Widersprüche zwischen sozialer Gerechtigkeit, Wachstum und Erhalt der Umwelt, die Fragen der Genderngerechtigkeit, die Herausforderungen der Diversität von Kulturen, Weltanschauungen und Lebensweisen. Diese Fragen müssen sich auch in den politischen Angeboten der Partei wie auch in ihrem Parteileben wieder finden.

Die Linke kann aufgrund ihrer Heterogenität nicht dem Entenmodell, also einem starken Zentrum mit Flügeln entsprechen. Und vielleicht ist es sogar müßig zu versuchen, die Linke in dieses Format einzupassen, gerade weil sich Gemeinsamkeit über die Aushandlung von unterschiedlichen Interessenlagen herstellen muss. Das bedeutet nicht den Verzicht auf ein Zentrum, wohl aber den Verzicht auf zentralistische Strukturen. Gebraucht wird ein Zentrum, das fähig ist, die Spannungsbögen der Gegensätze in der Partei produktiv nach vorne zu bringen, also die Kunst eine «entpolarisierte Pluralität» für die LINKE zu entwickeln. D.h. heißt zunächst die Pluralität als eine in den realen gesellschaftlichen Widersprüchen verwurzelte Diversität zu verstehen und diese zum Ausgangspunkt politischer Strategien und Programmatik zu machen, die Kernprojekte der LINKEN in einen übergreifenden Gesellschaftsentwurf einbindet und hierfür Mittel und Ressourcen bereit stellt.

Die LINKE hat hierfür die notwendigen personellen wie organisationspolitischen Ressourcen. Sie hat ihre diversen Erfahrungen und demokratischer Strukturen der Aus- und Abgrenzung, der Reduzierung von Mitgliederechten auf bloße Zustimmungsrituale. Sie war in der PDS 2003 in der Lage, programmatische Fragen programmatische Fragen leidenschaftlich und dennoch ergebnisorientiert zu bearbeiten.

Es gibt erfolgreiche Kooperationsbeziehungen zu Gewerkschaftern und zu sozialen Bewegungen, vor allem auch seit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, aber auch innerhalb der Partei. Sie kann auf Patenschaften und konkreter Unterstützung zwischen ost- und westdeutschen Landtagsfraktionen verweisen. Sie ist in der Lage, in ihren Analysen der kapitalistischen Gesellschaft die verschiedenen Dimensionen und Verschränkungen gesellschaftlicher Konfliktlinien aufzuzeigen, ebenso einander widersprechende Interessenlagen von Akteuren auch unter den Linken selbst. Sie hat jedoch bisher unzureichend die von ihr analysierte Diversität als Herausforderung für sich selbst zur Ent-

wicklung adäquater Organisationsformen und Kulturen verstanden. Es wäre also angesagt, einen neuen emanzipatorischen Schub als Gesamtpartei zu wagen.

Zuallererst und perspektivisch geht es darum, zu einer offenen Diskurskultur zu finden. Dies ist eine kulturelle und eine organisatorisch-strukturelle Aufgabe. D.h. zu lernen mit Differenzen und Gemeinsamkeiten zu leben, innerhalb der Linken Bündnisse zu schließen, ohne diese dominieren zu wollen und nach außen durchlässig zu sein für Bündnisse mit anderen politischen und sozialen Kräften, die so wie die LINKE selbst von unterschiedlichen existentiellen Interessenlagen her geprägt sind. Auch deshalb werden sich die kommenden programmatischen Debatten der LINKEN kontrovers gestalten. Zudem treffen unterschiedliche Zielvorstellungen, politische Praxen, Erfahrungen aufeinander auch die des Scheiterns: das Scheitern des Realsozialismus und ihrer Staatspartei, das Scheitern der Linken in der Sozialdemokratie ihre neoliberale Ausrichtung und eine Kultur der Basta-Politik zu verhindern, die Defensivkämpfe der Gewerkschaften. Wer als werfe den ersten Stein?

Nun wirkt die LINKE und bewirkt Konkretes. Sie präsentiert sich als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Dafür stehen die Forderungen nach einem Mindestlohn, die Revision des Renteneintrittsalters mit 67 und die Abschaffung von Hartz IV. Die LINKE versteht sich als Antikriegspartei und plädiert für den Abzug der Truppen aus Afghanistan. Sie verfügt über programmatische Eckpunkte, die die Gemeinsamkeiten wie die offenen Fragen der LINKEN aufzeigen. Dieser ehrliche, respektvolle Umgang mit den offenen Fragen, sollte ihre Kultur in den zu erwartenden Debatten um ihre Programmatik prägen. Dazu braucht sie eine Kultur des Respekts unterschiedlicher Sichten auf Gesellschaft und ihre Veränderungen.

Anfang 2010 zeichnete sich wieder die Situation ab, wie sie für den Parteitag in Essen charakteristisch war. Die offenen Fragen wurden in eine direkte Machtauseinandersetzung, in ein Gegeneinander, eine Diskussion darüber verwandelt, wer «weg» muss, damit sich andere durchsetzen. Solch ein Prozess kann schnell zu einer dauerhaften Spaltung führen. Der jetzt nach intensiven und nicht völlig abgeschlossenen Diskussionen gefundene Vorschlag für eine neue Führungscrew der Partei DIE LINKE eröffnet die Chance, die Pluralität der Partei ernst zu nehmen und stellt die außerordentlich schwierige Aufgabe, durch gemeinsame Suche, durch einen offenen Lernprozess, durch konsequente Entwicklung die Partei auf die Höhe ihrer eigentlichen Aufgabe zu bringen, die sie in den «Programmatischen Eckpunkten» von 2007 so beschrieb: «Es ist die strategische Kernaufgabe der Linken, zur Veränderung der Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel (der Politik) beizutragen.»

IMPRESSUM

RLS STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel.: 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)